



# Gewerkschafter/innen gegen Atomenergie und Krieg

E-Mail: [ggae@gmx.at](mailto:ggae@gmx.at) Web: [www.atomgegner.at](http://www.atomgegner.at)  
KONTAKT: Stiftgasse 8, 1070 Wien



[www.atomgegner.at](http://www.atomgegner.at)

Nr. 3 / Oktober 2020

[www.prodemokratie.com](http://www.prodemokratie.com)

Redaktionsschluss: 28.9.2020

Corona:

## Licht am Ende des Tunnels – für Steuervermeider und Corona-Gewinnler!

Der Internetgigant Google Alphabet hat auf den Bermudas 23 Milliarden Dollar Einnahmen pro Jahr erzielt. Doch auf den Bermudas leben nur 63.000 Einwohner! Das würde bedeuten, jeder Einwohner dort würde 370 000 Dollar für Produkte des Konzerns ausgeben, das ist natürlich unmöglich. In Wahrheit verschiebt Google, wie viele andere internationale Konzerne, einen Teil seiner riesigen Einnahmen aus europäischen Staaten ganz legal auf die Bermudas, denn dort beträgt die Steuer 0%! Laut Schätzungen des Europa-Parlamentariers Othmar Karas verliert die EU dadurch mehr als 800 Milliarden Euro pro Jahr durch Steuerflucht, Steuervermeidung und Steuerbetrug. Drei Viertel der Steuerersparnis, meist durch legale Steuervermeidung, praktizieren die Firmen jedoch in Europa, besondere Steuerparadiese sind dabei z.B. Luxemburg, Irland, Malta, Niederlande usw...

Auch Österreich trägt seinen Teil dazu bei: im österreichischen ATX Börsenleitindex, in dem die wichtigsten Konzerne aufgelistet sind, haben 17 von 20 ATX-Firmen insgesamt 147 Tochtergesellschaften in Ländern, in denen sie nur unter 10% Steuer bezahlen müssen, bei Steuern bis 12% sind es schon 280 Tochterfirmen. Auch die größten österreichischen Banken Raiffeisen Bank International und Erste Group haben über 20 Töchter in Staaten mit einer Steuer von unter 10%. Auch teilstaatliche Konzerne wie die Telekom Austria, die Post und die OMV haben Töchter in Staaten mit Niedrigsteuersätzen.

Die 1% der Konzernbesitzer und Aktionäre zahlen also meist nur 10% Steuern oder noch weniger bis gar nichts an Steuern und sie verdienen Millionen. Allein die 20 ATX-Firmen haben seit 2011 bis 2020 insgesamt 22,8 Milliarden Euro an Dividenden ausgeschüttet! Die Masse der Arbeiter und Ange-

stellten (die sog. unselbstständig Erwerbstätigen) kann keine Steuer „vermeiden“, sie zahlt alles, meistens 25% - 35% ihres Bruttoeinkommens, das mehrheitlich 1.000 bis 2.000 Euro beträgt.

80% aller Steuereinnahmen stammen von den „unselbstständig Erwerbstätigen“. Das heißt, es werden auch sämtliche Zuschüsse an die Unternehmer, auch jetzt während der Covid19-Pandemie, zu 80% aus unseren Steuergeldern finanziert.

Alles, die offen deklarierten Covid19-Unternehmerförderungen, aber auch unsere Kurzarbeitsförderung, einmaliger Arbeitslosenzuschuss, Familienbonus, Kindergeld, zeitweilige Notstandshilfepanpassung usw., das alles zahlen wir uns selbst. Aber die Regierung tut so, als sei sie der große Retter, der große Spender und gibt dafür noch Hunderttausende Euro für Eigenwerbung in den Medien aus.

Und was machen die großen Unternehmen und Konzerne? Sie nehmen Steuergeld, trotzdem zahlen sie aber Boni und Dividenden an sich und die Aktionäre aus. Und kaum haben sie die Hilfen erhalten,

- kündigen sie Beschäftigte (Swarovski, voestalpine, FACC, Casinos Austria, Umdasch, usw.)
- sperren ganze Standorte zu (ATB-Spielberg, MAN-Steyr),
- drohen mit dem Zusperrern (Agrana) und erpressen so Ausnahmeregelungen,
- wollen für diejenigen, die noch Arbeit haben, Arbeitsbedingungen verschlechtern (noch weniger Arbeitszeitregelung, Arbeiten auf Abruf, länger arbeiten ohne Bezahlung – siehe aktuell beim Postbus –, Homeoffice, usw. durchdrücken)
- drücken Löhne und Gehälter (siehe Metaller-KV-Abschluss von lächerlichen 1,45 %!)

- umgehen skrupellos reguläre Arbeitsverhältnisse oder verlangen sogar offen Lohnverzicht . . .

WIFO-Chef Badelt rechnet bis 2024 für Österreich mit einer Arbeitslosenquote von mindesten 8 bis 10%

OECD und Währungsfonds prophezeiten schon als Folge der Finanzkrise 2008 steigende Arbeitslosigkeit, Armut, noch mehr Ungleichheit und daraus resultierend sozialen Unruhen. Doch was geschah und geschieht bis heute? Statt Ungleichheit zu beseitigen, wird noch mehr Vermögen einseitig angehäuft und alles getan, diesen Umstand zu verteidigen. Wie? Durch Auf- und Ausbau von Polizei, Militär und Überwachungsstaat. Dienten 2015 die Flüchtlingsströme als Anlass dazu, so ist es heute die Corona-Pandemie. Wie angeblich 2015 „die Flüchtlinge“ unsere Sicherheit bedroht hätten, so bedrohe heute die Pandemie und alle, die nicht den Anordnungen der Regierung Folge leisten (die „gefährdeten Alten“ und die Jungen als „Gefährder“, die nicht zu Hause bleiben) unser aller Sicherheit. Der Rest soll arbeiten und kuschen oder sich schuldig fühlen und kuschen, weil er/sie keine Arbeit hat und die „Hilfen der Regierung“ unterwürfig entgegennehmen. Doch wahr ist, dass die Fluchtursachen unsere Sicherheit bedrohen, nämlich die Kriege der kapitalistischen Globalisierungswirtschaft um Rohstoffquellen, Einfluss und Macht. Wahr ist, dass auch die Ursachen der Pandemie verschleiert werden sollen: Pandemien wie Corona sind auch ein Ergebnis der kapitalistischen Globalisierungswirtschaft mit ihrer weltweiten Ausbeutung von Mensch und Natur durch agro-industrielle und militärisch-industrielle Komplexe, zur Profitsicherung mit Billig-Massenproduktion, Massentierhaltung, Wald-

zerstörung, Umweltverschmutzung, Klimazerstörung usw.

Angeblich brauchen wir die Corona-Gesetze, die jetzt mit noch mehr autoritären Machtbefugnissen ausgestattet sind, dazu, dieses tatsächlich gefährliche Covid19-Virus zu bezwingen. Die Ursachen von weiteren, künftigen Pandemien wird dieses noch autoritärere Corona-Gesetz mit Sicherheit nicht verhindern wie gerade oben dargelegt. Mit „Sicherheit“ aber geht es in Richtung noch mehr autoritärer Staat. Der Beweis dafür ist, dass Bundeskanzler Kurz im Zuge seiner „Rede zur Lage der Nation“ Ende August das Vorhaben ankündigte, ein „Krisensicherheitsgesetz“ auszuarbeiten, damit Österreich gegen Pandemien (?), Terror- und Cyberangriffe (Aha?), gerüstet sei.

**„Wir sehen eine Intensität von Einschränkungen von Grund- und Menschenrechten, wie wir sie in der Nachkriegszeit bislang nicht erlebt haben“** (Michael Lysander Fremuth, Leiter des Ludwig Boltzmann Instituts für Grund- und Menschenrechte in Wien zu den Corona-Maßnahmen) – zit. aus: Wiener Zeitung, 25.9.2020

Man sieht also, die jetzige Corona-Pandemie ist ein Vorwand: Letztlich geht es darum, Proteste gegen die Abwälzung der Krisenlasten, gegen die Wirtschaftskrise, die schon vor Corona, spätestens mit der Finanzkrise 2008 begann, zu unterbinden bzw. gesetzliche Mittel gegen solidarischen, massenhaften Widerstand zu schaffen und einzurichten, die unter normalen Umständen nicht durchgesetzt hätten werden können!

## Was Blümel in Wien vor hat,

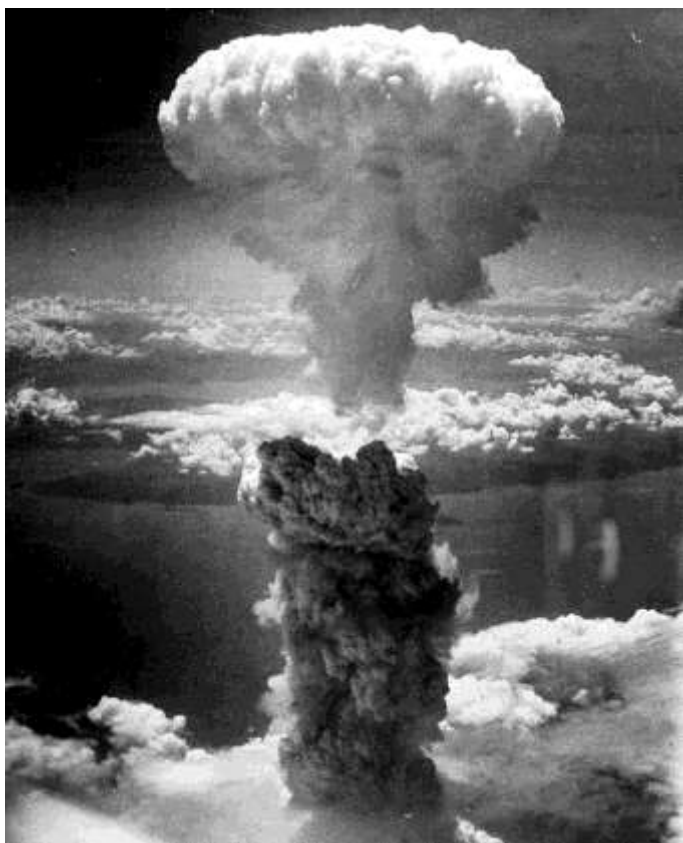
hat er dem „Kurier“ vom 23.8.2020 unverblümt anvertraut. Beispiel gefällig? Also: *„Der KAV (Anm. d. Red. Krankenanstaltenverband) muss endlich ausgegliedert werden. Wien ist das einzige Bundesland, wo die Krankenanstalten noch am Gängelband der Politik hängen, wo Bürgermeister oder Stadtrat durchgreifen können ...“* Die ÖVP will offenbar auch in Wien die Privatisierung des Gesundheitssystems vorantreiben. Wie es jetzt gerade bei der AUVA passiert, wie es vor zwei Jahren bei den Krankenkassen angegangen wurde (siehe die Beiträge in dieser Zeitung). Nicht die demokratisch gewählten Vertreter\*innen (z.B. der Bürgermeister) sollen auf öffentliche Gelder, also Steuerzahlergelder, die zu 80% von den Arbeitenden und nicht von den Unternehmern stammen, „durchgreifen“ können, sondern Manager von Privatkonzernen sollen unser Geld in ihre und der Aktionäre Dividententaschen umlenken können. Blümel hängt am Gängelband dieser Privatmedizin-Investoren und sitzt im Finanzministerium noch dazu an den Schalthebeln der Republik. Wenn dann die KAV-Beschäf-

tigten am Gängelband der profitgetriebenen Privatmedizin hängen und deren Profitwillkür ungeschützt ausgesetzt sind, ist für Blümel natürlich alles in Ordnung.

Ein weiterer Politwunsch von Blümel für Wien ist: *„Keine Zuwanderung ins Sozialsystem“*. Daran arbeiten die Schwarzen, die Blauen und Türkisen, ebenso wie die Neos und auch so manche SP-Granden in der Vergangenheit ja schon seit Jahrzehnten erfolgreich: Immer weniger Konzerne wandern in unser Sozialsystem zu, ja sie flüchten aus dem Sozialsystem, indem sie kaum oder keine Steuern zahlen. Wie wär's also, Herr Finanzminister, sich um die Flucht aus dem Sozialsystem zu kümmern, die Österreich um Milliarden Euro bringt. Und es ist der Finanzminister, der den großen Firmen und Finanzhaien eben keinen Riegel vorschiebt, sondern im Gegenteil den Steuersenkungswünschen der Konzerne willig nachkommt. (aus: *„Solidarität – unsere Chance“* Nr. 148, Sept. 2020)

# 75 Jahre Hiroshima und Nagasaki!

Als bisher einziges Land der Welt wurde die japanische Bevölkerung gegen Ende des Zweiten Weltkriegs zum Opfer eines atomaren Angriffs. Die amerikanischen Bomben auf Hiroshima und Nagasaki im August 1945 kosteten bis zu 370.000 Menschen das Leben und die Generation der "Hibakusha", der japanischen Atombombenopfer, sowie deren Nachkommen leiden noch heute unter den Folgen dieser Katastrophe. Das pazifistische Selbstverständnis des Landes wurde im Jänner 1971 durch einen Beschluss von drei Grundsätzen im japanischen Unterhaus zur offiziellen Politik: keine Atomwaffen zu besitzen, keine Atomwaffen herzustellen und keine Atomwaffen einzuführen. In Artikel 9 der Verfassung verzichtet Japan zudem explizit auf den Krieg als "souveränes Recht der Nation und auf die Androhung oder Ausübung von Gewalt". Dieser Grundkonsens, dass ohnehin alles friedlich und in verfassungsgemäßer Ordnung geregelt sei, wurde der Bevölkerung vorgegaukelt, jedoch im Hintergrund wurden ganz andere Ziele verfolgt.



Sowohl die Aufarbeitung der, während des Krieges an der Seite Hitlerdeutschlands begangenen, eigenen ungeheuerlichen Kriegsverbrechen, als auch der menschenunwürdige Umgang mit den Opfern der Bomben wurden nicht öffentlich behandelt. Die nationalistische Verehrung der „Kriegshelden“ fand dagegen weiter zu den Jahrestagen statt, wie die kontinuierliche gesellschaftliche Ausgrenzung der Strahlenopfer und deren Nachkommen, die ja den Schaden der Bomben mit ihren

Genen weitergeben. Der dunkle Schatten der Bombenabwürfe und der Zusammenhang zwischen Kernenergie und Atombomben wurde durch jahrzehntelange Gehirnwäsche der amerikanischen und eigenen Atomlobby ausgeblendet und erst seit Fukushima wendet sich die öffentliche Meinung mehrheitlich gegen die Kernenergie. Den Strahlenopfern von Fukushima ergeht es ähnlich wie den Opfern der Atombombenabwürfe, sie geraten zwischen die Mühlsteine von rechtsradikalem Nationalismus und Ausgrenzung. Sie, die Opfer sollten sich entsprechend der Staatsräson für die Verbrechen privater und staatlicher Instanzen schämen. Diese werden nämlich als Schwachstellen der Gesellschaft gesehen, die es offiziell gar nicht geben dürfte. Wenn sie aus der verseuchten Umgebung wegziehen, gelten sie als „Landesverräter“, wenn sie bleiben, werden sie als „Beschädigte“ ausgegrenzt. Manche, die es sich leisten können, versuchen im Stillen wenigstens ihre Frauen mit den Kindern in nicht betroffenen Landesteilen unterzubringen.

## Jährlich zelebrierte Betroffenheit

Sofort nach der diesjährigen Friedens-Deklaration des Bürgermeisters von Hiroshima Kazumi Matsui, in welcher er die Welt aufgerufen hat, dass die zivile Gesellschaft "egozentrischen Nationalismus ablehnen" und sich gemeinsam gegen alle Bedrohungen, Atomenergie, Atombomben und Pandemien zusammenschließen müsse, wurde durch die Politik und die offiziellen Medien die Ernsthaftigkeit dieses Aufrufs heruntergespielt. Kaum ist weltweit die jährlich wiederkehrende Betroffenheit aus den offiziellen Gesichtern gewichen und die Gedenkkerzen und Räucherstäbchen sind erloschen und die mahnenden Worte der letzten Zeitzeugen sind verklungen, wird auf die „offizielle“ Erzählung der Geschichte verwiesen, dass die Bomben ja notwendig waren, um den Krieg zu beenden und damit Leben zu retten und dass es ja nun die „friedliche Nutzung der Kernenergie“ ist, die den Makel der Atombomben wieder gut macht. Dass diese „offizielle“ Geschichte, wie viele andere auch, nicht einmal der halben Wahrheit entspricht, wird verschwiegen. Es war nämlich von höchstem militärischem Interesse, mit zwei technisch und physikalisch verschiedenartigen Atombomben, zwei bis dahin „geschonte“ Städte zu bombardieren und die Folgen zu studieren und es war Eile geboten. Russland musste bei weiteren Gebietsgewinnen in Japan gestoppt werden und gleichzeitig sollte mit einer Machtdemonstration der „Kalte Krieg“ eröffnet werden. (Churchill).

Die japanische Bevölkerung dient als Kulisse für diese jährlichen Gedenk-Zeremonien und wird, wie in Feudalstaaten üblich, nicht wirklich um ihre Meinung gefragt. Die Menschen scheinen dem Kaiser und seinen industriellen und politischen Mandarinen wie Leibeigene zu gehören und man glaubt nach wie vor, sie in Kriegen opfern oder einfach irgendwelchen Katastrophen und Strahlenschäden zum „Wohle der Nation“ aussetzen zu können. Über alledem waltet dann die USA, einem modernen Gott gleich, der mit Atombomben strafen kann, aber bei Wohlverhalten, Schutz, Konsum und Fortschritt bringt, darunter auch die „gute friedliche Atomenergie“.



Da nach Fukushima doch etwas Bewegung in die Volksmeinung kam und sich langsam eine Zivilgesellschaft bildete, die diesen Fortschritt kritisch sah, wird verstärkt mit traditionellen Mitteln dagegen operiert.

## Nationalismus und Militarismus

Hiroshimas Bürgermeister rief die Regierung seines Landes in seiner Rede auch auf, dem UNO-Vertrag zum Verbot von Atomwaffen beizutreten. Vor drei Jahren hatten sich zwei Drittel der Mitgliedsländer der Vereinten Nation auf diesen, auch von Österreich forcierten, Vertrag verständigt. Bisher haben ihn jedoch erst 32 Staaten ratifiziert. Damit er in Kraft treten kann, müssen es 50 Staaten sein. Atom-mächte wie die USA, Großbritannien, China, Frankreich und Russland haben den Vertrag jedoch nicht unterzeichnet. Obwohl zumindest in den beiden Städten, die von den Atombomben verwüstet wurden, Wut und Enttäuschung über die Weigerung Japans, beizutreten, öffentlich demonstriert wurde, hat der japanische Ministerpräsident Abe bei der abschließenden Pressekonferenz seine Absicht

erklärt, den Vertrag weder zu unterzeichnen, noch zu ratifizieren. Dies hat seinen Grund darin, dass seit Jahrzehnten in den regierenden Kreisen gegen die Verfassung und auch gegen die Bevölkerung auf nationale Militarisierung und letztlich auch auf die Ausrüstung des Militärs mit eigenen Atomwaffen gesetzt wird. Japan hat die drittgrößte Atomenergieproduktion nach den USA und Frankreich. Über 40% seiner Elektrizität wurden vor Fukushima mit Kernenergie erzeugt.

Weniger bekannt ist, dass der Staat damit auch recht großes Potenzial bei der Verarbeitung und Anreicherung von Plutonium besitzt. Japan besitzt in Rokkasho **als erster Nicht-Atomwaffenstaat auch einen Betrieb zur Anreicherung von Uran** – einer von zwei Wegen zum Bau von Atomwaffen. Japans Plutoniumarsenal reichte schon 2003 für zahlreiche nukleare Sprengköpfe. Japan entwickelte zeitgleich mit der Errichtung der Aufbereitungsanlage auch mit riesigem Aufwand von hunderten Millionen Dollar Trägerraketen, die bisher zivil zur Einbringung von Satelliten in den Orbit genutzt wurden. Sie wären aber auch im Rahmen der Streitkräfte leicht für militärische Zwecke umrüstbar. Jahrzehntlang war die atomare Bewaffnung Japans in der Bevölkerung keine Option, da man sich klar war, damit ein Ziel für Erstschläge durch Atomwaffen zu werden und die Freude, nach einer solchen Katastrophe in China oder Korea auch noch Schaden anrichten zu können, wollte nicht richtig aufkommen. Nach einem Atombombentest Nordkoreas im Oktober 2006, der die japanische Bevölkerung schockierte, sah man nun aus politischer Sicht eine Chance, doch eine Tür für die schon lange betriebenen Vorbereitungen zur Atommacht zu öffnen.

Der ultranationalistische damalige Außenminister, spätere Premierminister und seit 2012 Finanzminister Taro Aso erklärte: **„Wenn ein Nachbarland Atomwaffen hat, kann man es nicht ablehnen, die Frage der nuklearen Bewaffnung in Erwägung zu ziehen“**. Das damalige Regierungsmitglied Shoichi Nakagaw, auch zuständig für Grundsatzfragen der rechten Regierungspartei (LDP) erklärte in einer Fernsehdiskussion, **„dass Japans pazifistische Verfassung die Option von Atomwaffen zum Schutz vor Angriffen auf Japan nicht ausschließt“**. Neben Pjöngjangs „erfolgreichem“ Atomtestlauf setzte die Regierungsübernahme durch Shinzo Abe den passenden Rahmen für eine „Souveränisierung“, d.h. Nationalisierung der japanischen Nuklear-, Außen- und Militärpolitik. Mit seinem Großvater, der auch schon Regierungschef war, teilt Abe das Ressentiment gegenüber dem pazifistischen „Nachkriegsregime“. Seine ultranationalistische Auffassung zeigte sich beispielsweise darin, dass er am 4. Januar 2007 den Ise-Schrein, der die Ahnengöttin des Tennos verehrt, besuchte, wo er der Kaiserfamilie „weiteres Gedeihen“ wünschte. Kurz

darauf stiftete der Ministerpräsident eine Votivgabe im umstrittenen Yasukuni-Schrein, wo auch die im Zweiten Weltkrieg gefallenen Soldaten geehrt werden — einschließlich 14 verurteilter Kriegsverbrecher, die in China und Korea an Massakern beteiligt gewesen sind.

Am 75. Jahrestag der Kapitulation Japans im Zweiten Weltkrieg haben vier japanische Minister diesen umstrittenen Yasukuni-Schrein in Tokio besucht. Ministerpräsident Shinzo Abe verzichtete diesmal auf einen Besuch am Jahrestag, ließ dem Schrein aber ein rituelles Geldopfer zukommen.

## China, der große Feind

Die nordkoreanischen Raketen- und Atombombenversuche werden zwar immer weltweit zum Anlass für mediale Empörung genutzt, der eigentliche Feind der USA ist aber China.

Und Japan dient als Vorposten für die immer kriegsrischer werdenden Auseinandersetzungen. Das Reich der Mitte, welches gerade dabei ist die USA als ökonomische Führungsmacht abzulösen, soll in seinen Handels- und Verkehrswegen möglichst weitgehend eingegrenzt werden. Dieses „containen“ (einkapseln) passiert durchaus auch unter Zuhilfenahme militärischer Mittel. Hier kommt nun Japans Griff zur Atombombe ins Spiel. Für die USA erscheint es militärisch durchaus sinnvoll im asiatischen Raum Konfliktsituationen zu verschärfen, um einen territorialen Flächenbrand zu entzünden. Die Vereinigten Staaten wären dabei vorerst einmal nicht direkt betroffen und alle Teilnehmer in diesem Raum wären essentiell geschwächt. Schon die großimperialistischen Neokonservativen um Bush jr. suggerierten den Chinesen zwar, Japan von seinem Nuklearvorhaben abzuhalten zu wollen, ermutigten aber gleichzeitig japanische Regierungen zu mehr Militarisierung und stärkerer Machtausübung.

## Japan könnte in wenigen Wochen atomare Waffen herstellen

Alle Militärbeobachter und Strategen wissen über das Potential Japans Bescheid und sehen kommentarlos zu, so auch die internationale Atomenergie Organisation (IAEA).

Die IAEA unter dem Amerika-affinen El-Baradai hat dabei "vorsorglich" 1997 das Inspektionsverfahren für Japan wegen "vorbildlichen Verhaltens" gelockert. (El-Baradai promovierte an der New York University School und ist Mitglied der American Society of International Law in Washington D.C.). El-Baradai's Amtszeit endete 2009 und „wie der Zufall so spielt“, wurde danach ausgerechnet der Japaner Yukiya Amano zum Nachfolger gewählt. Ein Diplomat mit noch engeren Bindungen an die USA. Nachdem Yukiya Amano im Juli 2019 verstarb, folgte der Argentinier Rafael Mariano Grossi. Wie wir in unserem Artikel „Fukushima ohne Ende“ 1-20.) berichteten pflegt auch er sehr enge Beziehungen zur japanischen Atomindustrie und Politik.

Auch wenn Shinzo Abe nun aus gesundheitlichen Gründen von seinem Amt zurücktritt, seine menschenverachtenden, nationalistischen und militaristischen politischen Ziele mit dem Besitz einer eigenen Atombombe, werden durch seinen Nachfolger und der gesamten Regierung gewiss weiterverfolgt.

Die eigentlichen Hindernisse bei ihrer Verwirklichung liegen nicht auf Seiten der Technik: Know How, Geld, Plutonium, Waffenträgersysteme, alles steht zur Verfügung und wartet (wenn überhaupt) darauf, eingesetzt zu werden. Die eigentliche Frage war und ist, wie man die Öffentlichkeit in den Wechsel einstimmen und gleichzeitig seinen Partnern in der Weltpolitik diesen Schritt als unvermeidlich verkaufen könnte.

## MERCOSUR über die Hintertür?

***Im Schatten von Corona will die EU das Handelsabkommen mit Südamerika\* gegen den Willen der Mehrheit der Bevölkerungen durchdrücken.***

Vordergründig wird Brasilien mit seinem Rechtsaußen-Präsidenten Bolsonaro vor allem wegen der Amazonas-Regenwald-Brandrodungen scharf kritisiert. Wenn es aber ums große Handelsgeschäft geht, sind alle Beteuerungen zu Klimaschutz, Umweltschutz, Regionalität oder zum „Schutz der Bauern“ Schall und Rauch. Die Einfuhr von mit Hormonen und Antibiotika gemästeten Rindern soll um 50% auf 300.000 Tonnen, die Importe für Zucker um 10.000 Tonnen (das wird die Agrar-Vertragsbauern „freuen“), die von Bio-Ethanol um 650.000 (!) Tonnen erhöht werden.

Zudem werden z.B. in Brasilien an die 150 Pestizide in der Landwirtschaft versprüht, die in der EU verboten sind. Vor einem Jahr, unter der Regierung Bierlein, hat Österreich gegen den Mercosur-Pakt gestimmt und ihn damit zu Fall gebracht. Heute ist Kanzler Kurz zwar gegen das Abkommen, aber nur *in der jetzigen Form*. Kurz, der sich in den Medien gerne auch so EU-kritisch gibt, hält sich – und damit den EU-Konzernen – eine Hintertür offen. Und die EU-Hintertüre schaut so aus: Mercosur besteht aus einem Handelspakt und einem politischen Assoziierungsabkommen. Einstimmigkeit braucht es in der EU nur für den letztlich unverbindlichen politischen Teil, nicht für den wichtigeren Handelsteil! Deshalb will die EU jetzt das Abkommen splitten. Österreich, durch die Regierung Kurz-Kogler, könnte dann zwar wahlwirksam beim Nein bleiben. Auf das Handelsabkommen hätte das aber keinen Einfluss, das Abkommen würde vorläufig in Kraft treten – mit den oben dargelegten katastrophalen Folgen! Daher **NEIN zum Pakt!**

\* Vertragspartner im Mercosur sind einerseits die EU, andererseits Argentinien, Brasilien, Paraguay, Uruguay sowie die assoziierten Staaten Bolivien, Chile, Columbien, Ecuador, Guyana, Surinam

## **Das ist die EU!**

**Die Klage Österreichs vor dem EuGH gegen eine von der EU-Kommission genehmigte staatliche Subventionierung des britischen AKW Hinkley Point C wurde nunmehr endgültig abgewiesen.**

Der Ausbau des AKW Hinkley Point kostet mindestens 34 Mrd. Euro. Großbritannien übernimmt dabei eine staatliche Garantie von rund 24 Mrd. Euro und sichert den Atombetreibern für 35 Jahre einen staatlich garantierten Strom-Abnahmepreis von 125 Euro pro Megawattstunde (= 12,5 Cent/kWh) zu!

**Das ist ein Schlag gegen alle, die sich für erneuerbare Energien einsetzen!**

Entgegen dem sonst heilig geschütztem EU-„Wettbewerbsrecht“, das staatliche Beihilfen z.B. im Sozial- oder Gesundheitsbereich usw. strikt verbietet, wird hier der Atomindustrie über alle Regeln hinweg die Profitbahn geebnet, denn ohne diese Beihilfen und Fixpreisabnahmegarantien würden die Betreiber kein AKW mehr errichte und betreiben, weil das für sie völlig unprofitabel wäre.

Warum aber bricht die EU so eindeutig EU-Recht und erklärt der EuGH diese milliardenschwere Atomförderung für zulässig? Weil der EURATOM-Vertrag als Primärvertrag der EU nichts über staatliche Beihilfen enthält und weil der EURATOM-Vertrag über anderen EU-Zielen steht, die Entwicklung von Kernkraftwerken als notwendig vorsieht.

**Das hat seine Gründe:** Die sogenannte „zivile“ Nutzung der Atomenergie, also die Gewinnung von Strom aus Kernspaltung, ist aus der militärischen, der kriegerischen Entwicklung und Nutzung der Atomenergie (Atombomben und Atomwaffen) hervorgegangen und deren „zivilen“ Abfallprodukt aus AKWs kann wieder zur militärischen, kriegerischen Nutzung verwendet werden. Deshalb hält die EU über EURATOM an der Atomförderung fest. Deshalb haben die großen EU-Staaten, allen voran die große Atomstaaten Frankreich, Großbritannien – nun Ex-EU und umso mehr am AKW-Bau interessiert – kein Interesse, EURATOM zu „reformieren“ oder gar abzuschaffen. Im Gegenteil: weil sie in Konkurrenz v.a. zu USA, Russland, China, jetzt auch zu Großbritannien, aber auch zu allen anderen Atomwaffenstaaten in der Welt stehen, wollen sie ihr Atomwaffenarsenal auch über die „zivile“ Atomnutzung aufrechterhalten und ausbauen.

Dieses Urteil hat auch die Folgewirkung, dass nun andere AKW-Projekte wieder Aufwind bekommen. Unmittelbar für Österreich heißt das, dass die Klagen z.B. gegen das ungarische AKW Paks 2 ebenso negativ ausgehen können, weil mit dem EuGH-Urteil auf Basis des EURATOM-Vertrages ein Präzedenzfall geschaffen wurde. Das heißt: EURATOM steht über allen anderen EU-Zielen. Die Atomlobby hat „Narrenfreiheit“.

Deshalb ist es ein Irrglaube zu hoffen, dass der EURATOM-Vertrag „reformiert“ werden könne, wie das Umweltministerin Gewessler (Grüne) schon zuvor als GLOBAL 2000 Chefin und jetzt nach wie vor anstrebt. Da es für eine mögliche „Reform“ des EURATOM-Vertrages erstens eine Mehrheit zur

## **die hölle von moria**

wird jetzt  
von der österreichischen  
bundesregierung  
mit zelten, toiletten  
und duschen  
ausgestattet,  
(damit die  
geflüchteten  
ihre frustrationen,  
ihre enttäuschungen,  
ihre verzweiflung,  
ihre aussichtslosigkeit  
hinunterspülen  
können?)  
für einen  
neuanfang?  
oder um sie zu  
täuschen,  
weil nichts für sie  
geschehen wird?  
übrigens heißt in der  
bibel der berg  
auf dem abraham  
seinen sohn isaak  
auf befehl  
der gottheit opfern  
soll: moria.  
aber ein engel  
nimmt abraham das  
messer weg.  
welche engel werden  
den mächtigen  
von heute  
die messer der  
missachtung  
und der  
erniedrigung  
von menschen  
wegnehmen?



Einberufung einer solchen „Vertragsstaatenkonferenz“ braucht und zweitens dann einen einstimmigen Beschluss zur Änderung, ist nach dem EuGH-Urteil diese Forderung nach „Reform“ eine tödliche Beruhigungsspiel. Damit will Gewessler die höchst atom- und EU-kritische Stimmung in Österreich beschwichtigen. Abgelenkt soll davon werden, dass auch diese Regierung – diesmal mit Grün-Beteiligung – wie schon die Regierungen davor, nicht im Sinne des Atom-Neins der Österreicher\*innen aktiv werden will.

**Das EuGH-Urteil und EURATOM zeigen, was die EU wirklich ist: Die EU ist keine EU der Bürger\*innen, keine Sozial- oder Friedensunion, wie uns immer vorgegaukelt wird, sondern eine**

**Atom- und Kriegsunion – und EURATOM spielt dabei eine zentrale, negative Rolle!**

Momentan hat Österreich zurecht zwar dem EURATOM-Forschungsprogramm, das ab 2021 gelten soll, nicht zugestimmt. Das ist das Mindeste was das Atom-Nein-Volksentscheid-Land Österreich machen muss – und hoffentlich dann nicht wieder – wie schon 2011 – umfällt und zustimmt.

**Deshalb kann es nach dem EuGH-Urteil nur heißen: Sofortiger Austritt Österreichs aus EURATOM und IAEA und sofortige Einstellung aller Atomförderzahlungen!**

**Aus Corona nichts gelernt:**

## **Wie unser Gesundheitssystem weiter kaputtgekürzt wird**

\*\*\*\*\*



**Die Corona-Krise hat gezeigt, dass unser Gesundheitssystem erhalten und weiter ausgebaut werden muss. Doch im Hintergrund passiert das Gegenteil: ÖVP-nahe Chefs wollen die Allgemeine Unfallversicherung AUVA zerschlagen, Krankenhäuser zusperren, Mitarbeiter\*innen umsiedeln, um wertvolle Grundstücke verschern zu können. Private Immobilienhaie erhoffen sich profitable Immobiliengeschäfte mit freiwerdenden Gebäuden und Grundstücken.**

Die ÖVP-FPÖ-Regierung hat 2018 dafür gesorgt, dass Unternehmen weniger in die Allgemeine Unfallversicherung AUVA einzahlen müssen. Seither warnen die AUVA-Beschäftigten vor den nachteiligen Folgen für Patient\*innen. Nun drohen die Befürchtungen Realität zu werden. Große Teile des Reha-Zentrums Weißer Hof in Klosterneuburg in NÖ sollen zum Unfallkrankenhaus Meidling in Wien verlagert, die mobile Reha dort ausgebaut werden. Der Weiße Hof soll bis 2026 in der derzeitigen Form geschlossen werden, eine „Nachnutzung“ sei vorgesehen. Private Baukonzerne und Immobilien-

entwickler reiben sich schon jetzt die Hände. Pläne für einen schon einmal von der Bevölkerung abgelehnten Golfplatz werden wieder gewälzt. Der Klosterneuburger ÖVP-Bürgermeister Schmuckenschlager nennt als Beispiel für eine mögliche Nachnutzung des Weißen Hofes das private „Gesundheitsressort Donaupark“ (Kurier, 29.7.2020). Statt eines öffentlichen Rehabilitationszentrums für alle soll es also eine Privatklinik für betuchtes Klientel geben.

### **Weniger Betten, weniger Qualität**

Auch das Unfallkrankenhaus Lorenz Böhler (LB-UKH) in Wien ist bedroht. Im Jänner 2020 informierte die AUVA-Generaldirektion die Beschäftigten, dass es in Zukunft eine „Kooperation“ mit anderen Krankenhäusern mit „freiwilliger Rotation“ von Beschäftigten geben soll. Seit Oktober 2020 findet eine verpflichtende Rotation alle drei Monate statt. Beschäftigte, Gewerkschaft, Ärztekammer und prominente Ärzte sehen das als den Beginn vom Ende des LB-UHK.

Für die Patient\*innen der bald Zwei-Millionen-Stadt Wien sind das schlechte Nachrichten. Statt die hohe Behandlungs- und Heilungsqualität zu erhalten und das Gesundheitssystem auszubauen, werden Betten abgebaut. Die Rotation bringe keine „Verbesserung der Fachkenntnisse“, sondern führe nur „zur Zerstörung von gut eingespielten Teams und damit zu einem Qualitätsverlust“, so der Vizepräsident der Ärztekammer Wien, Wolfgang Weismüller. Würden künftig große Operationen nur mehr in Meidling durchgeführt, könne das zu einem „Verlust der OP-Kapazitäten und zur schlechteren Versorgung der Patienten führen“.

Auch für die Betriebsräte des Unfallkrankenhauses Lorenz Böhler ist die drohende Abwicklung des Krankenhauses, das etwa hervorragendes Know-How im Traumazentrum bündelt, untragbar. Doch vieles passiert im Hintergrund ohne Wissen der Betroffenen. Die Begehrlichkeiten von Industriellenvereinigung, privater Gesundheits- und Immobilienwirtschaft sind groß. Die türkis-grüne Regierung und die ÖVP-Führung in der AUVA wollen diese möglichst still und leise aushungern. So wollen sie rechtzeitigen und wirksamen Widerstand gegen ihre Pläne verhindern.

### **Wie die AUVA ausgehungert wird**

Schon Türkis-Blau senkte die Beiträge der Unternehmen zur AUVA – und kürzte damit ihr Budget um 150 Millionen Euro. Das ist rund ein Zehntel des jährlichen Gesamtbudgets der AUVA. Selbst ihr gesamter Verwaltungsbereich kostet nur 90 Millionen Euro. Diese Kürzung ist also nicht durch „Sparen im System“ zu bewältigen. Eine weitere Senkung der Beiträge ist zwar laut türkis-grünem Regierungsprogramm momentan nicht vorgesehen. Die Industriellenvereinigung drängt aber weiter massiv darauf.

Allein durch den Corona-bedingten Anstieg der Arbeitslosenzahlen sind der AUVA dieses Jahr bislang weitere rund 100 Millionen Euro entgangen. Schon jetzt musste die AUVA daher Rücklagen auflösen, um ihren Arbeitsauftrag (Prävention, Unfallbehandlung, Rehabilitation, Unfallrentenauszahlung) erfüllen zu können. Schon 2022 wird die AUVA weiteres Geld verlieren. Dann endet, wie Türkis-Blau beschlossen hat, die Refundierung der Österreichischen Gesundheitskasse (ÖGK) für Leistungen, die die AUVA für sie erbringt. Dazu kommt, dass Kanzler Kurz der AUVA die geplante Pflegeversicherung umhängen will. Dann gäbe es weitere Einnahmehausfälle – und der Ruf nach weiteren Kürzungen wäre vorprogrammiert.

### **Verkauf von AUVA-Krankenhäusern droht**

Eines der wichtigsten, aber gleichzeitig am wenigsten öffentlich diskutierte Vorhaben der ÖVP-FPÖ-Regierung war die Installierung einer AUVA-GesmbH. Diese soll bis 2021 die Krankenhäuser und Rehabilitationszentren der AUVA übernehmen. Derzeit wird das Personal der GesmbH zur Gänze von der AUVA beschickt. Ab einer gewissen Größe (250 Beschäftigte) könnte die neue GesmbH mittels eines zu gründenden Aufsichtsrates neue Verträge und einen neuen Kollektivvertrag ausverhandeln. Sie könnte dann auch neue Geschäftsfelder schaffen und sie am „freien Markt“ anbieten. Diese wären dann nach Bundesvergabegesetz ausschreibungspflichtig. So könnten Krankenhausverwaltungen neu ausgeschrieben, sprich letztlich auch verkauft bzw. privatisiert werden.

Während die AUVA derzeit noch nach gesetzlichem Auftrag die „bestmögliche Versorgung“ für die Patient\*innen zu leisten hat, gilt dann das Profitprinzip. Eine reine Reparaturmedizin könnte die Folge sein. Wer mehr und bessere Heilung will, länger gesünder leben will, müsste dann privat zahlen.

Warum das alles? Die großen Unternehmen, die von der Industriellenvereinigung vertreten werden und auch in der Regierung diesbezüglich Druck machen, wollen schlicht nicht mehr für Arbeitsunfälle ihrer Beschäftigten bezahlen. Sollte die AUVA erfolgreich ausgehungert werden, müsste die Unfallversicherung der Arbeiter\*innen und Angestellten anders gewährleistet werden. Die Arbeitsunfälle könnten dann bei der Pensionsversicherungsanstalt (PVA) landen. Mit der gravierenden Folge, dass es dann keine Unfallrenten, sondern bestenfalls nur mehr die Invaliditäts- bzw. Berufsunfähigkeitspension gibt, die schon jetzt immer schleppender gewährt werden.

### **ÖGK: Milliardendefizit statt Patientenmilliarde**

Die Vorgänge bei der AUVA sollten neuerlich auch eine Warnung für alle anderen Beschäftigten und ihre Vertretungen in den anderen Sozialversicherungen und für alle Versicherten sein, insbesondere in den Kassen der Arbeiter und Angestellten, in der



ÖGK (Österreichische Gesundheitskasse, früher die neun Gebietskrankenkassen, GKK's), in der sieben Millionen Menschen krankenversichert sind, und in der Pensionsversicherungsanstalt (PVA). Die AUVA-GesmbH könnte nämlich auch andere Einrichtungen der Sozialversicherung übernehmen. Die Industriellenvereinigung hat diese Idee intern bereits kundgetan, ebenso die Wirtschaftskammer.

In der ÖGK entsteht durch die Fusionskosten und die Machtverschiebung zu den Unternehmern hin ein Defizit von rund 200 Mio. Euro jährlich (Wiener Zeitung, 15.7.20). Die Corona-Krise (durch extrem hohe Arbeitslosigkeit – dadurch weniger Beitragseinnahmen, Firmenpleiten) wird die Finanzsituation der ÖGK weiter verschlechtern. Bis Jahresende wird das Defizit auf rund 450 Millionen Euro anwachsen, bis 2024 das ÖGK-Defizit auf mehrere Milliarden, auf ca. 3,21 Mrd. Euro ansteigen, so der oberste rote Dienstnehmervertreter in der ÖGK, Andreas Huss. Nicht eingerechnet sind dabei die schon jetzt den Unternehmern gestundeten Versicherungsbeiträge an die ÖGK in der Höhe von 2,3 Mrd. Euro (Die Presse, 9.9.2020), die sich wahrscheinlich auch noch erheblich erhöhen werden. Also weit und breit keine „Patientenmilliarde“! Erinnerung hat vor zwei Jahren die türkis-blaue Regierung mit der Propaganda der „Patientenmilliarde“ die „Kassen-Reform“ der Öffentlichkeit verkauft, um breiten Widerstand dagegen zu verhindern. **Es kommt keine Milliarde zugunsten der Patient\*innen heraus, sondern es wird ein Milliardendefizit herbeigeführt!**

Der oberste schwarze Dienstgebervertreter in der ÖGK, Peter Lehner, der auch Obmann der aus Bauern- und Selbständigenkasse fusionierten SVS ist, tut das Milliardendefizit der ÖGK als „rote Propaganda“ ab. Er spricht aber gleichzeitig davon, dass ein „Konsolidierungskurs“ gefahren werden müsse (Wiener Zeitung, 15.7.2020). Das durch die Fusion, die Unternehmerschulden und die steigende Arbeitslosigkeit nicht von der Sozialversicherung selbst verschuldete „Defizit“ wird von der Regierung ignoriert, bislang nicht vom Bund ausgeglichen. Die Folgen wären: Spitalsschließungen und Kündigung von Verträgen mit niedergelassenen Kassenärzten (Die Presse, 9.9.2020).

Von der Unternehmerseite werden Defizit und Horrormeldungen als Anlass genommen, weitere „Einsparungen“ anzudenken, um damit letztlich Ausgliederungen und Privatisierungen vorzubereiten. Das ist keine Verschwörungstheorie! Was ÖVP und Unternehmer vorhaben, hat schon im Frühjahr 2017 ein Vertreter der Wirtschaftskammer im damaligen Hauptverband der Sozialversicherungsträger dargelegt: Die Sozialversicherungen haben 154 eigene Einrichtungen (Kurheime, Reha-Zentren, Ambulanzen) – die seien „zu teuer“, privat geführte Anstalten wären „billiger“. Der Verkauf, die Verpachtung oder die Ausgliederung dieser Einrichtungen wäre daher zu überlegen (Kronenzeitung, 8.4.2017).

In der gesamten Sozialversicherung (SV) ist das Ziel letztlich die Ausgliederung und Privatisierung. Das ist im unter Türkis-Blau verabschiedeten SV-„Reform“-Gesetz aus 2018 ausdrücklich als Hauptziel festgehalten: „... Senkung der Lohnnebenkosten, Verbesserung der Rahmenbedingungen für private Anbieter von Gesundheitsdiensten“.

### **Mutwillig aushungern, um zu privatisieren**

Es geht um das mutwillige Aushungern unseres Gesundheitssystems, um dann nach Privatmedizin rufen zu können, von der nur private Gesundheitskonzerne und finanzstarke Kundschaft profitieren. Beste Medizin und Heilung für alle ist dann Vergangenheit. Das kann in Zukunft für jeden und jede von uns folgendes bedeuten: Hast du nach einem Unfall nicht das nötige Geld für eine teure Privatbehandlung, wirst du möglicherweise lebenslang schlechter leben oder sogar früher sterben. Damit es nicht soweit kommt, müssten die Belegschaften vor allem von AUVA und ÖGK gemeinsam mit Arbeiterkammer, Gewerkschaft und Ärztekammer die Versicherten, die Bevölkerung darüber aufklären und Protest dagegen organisieren. Freiwillig haben Regierung und Industrie ihre Pläne noch nie aufgegeben.

Quelle: Text von Plattform proSV – Keine Zerschlagung der Sozialversicherung <http://prosv.akis.at>.

Weiterführende Infos: Zusammenfassung der Kritik an der SV-Reform auf dem Rücken der Patient\*innen, siehe: <https://www.facebook.com/watch/?v=2139996242918421>

## **AUFGELESEN**

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen in ihrer Rede zur Lage der EU:

**„Es liegt an uns, welches Europa wir wollen. Reden wir Europa nicht schlecht. Arbeiten wir lieber daran. Machen wir Europa stark.“**

Tja, was will uns dieses Zitat sagen? Nun, das Gegenteil von schlecht ist: gut, besser! Aber stark? Wer Europa nicht gut oder besser machen will, sondern stattdessen nur „stark“, hat anderes im Sinn. Hinter dem ganzen Blah, Blah von „Green Deal“ oder „Wiederaufbaufonds“ verrät das Wort „stark“ das wirkliche Interesse der EU-Spitzen: Dass das Anstreben und die Erreichung militärischer Stärke und Autonomie – bis hin zur von Frankreichs Präsident Macron angedachten EU-Atomkraft – das tatsächliche Hauptziel der EU ist.

# Von Österreich geht keine Kriegsgefahr aus

**Aktive Neutralitätspolitik ist friedenssichernd, nicht die Aufweichung, Umdeutung oder Umgehung der Neutralität.**

Vor allem Großmächte sowie wirtschaftliche, politische und insbesondere militärische Bündnisse streiten um Wirtschaftsräume, Einflusssphären, Rohstoffquellen auf der Welt und schrecken zur Verfolgung dieser Ziele auch vor Wirtschafts- und Handelskriegen sowie vor Aufrüstung und Krieg nicht zurück. Österreichs Erklärung zur "immerwährenden Neutralität" ist die Lehre aus zwei Weltkriegen. Man wollte nie mehr selbst Krieg führen oder an der Seite von Großmächten in Kriege ziehen oder sich in Kriege ziehen lassen.

Das Bundesheer ist auf die Verteidigung der "immerwährenden Neutralität" vereidigt. Die Politik hat dies verfassungsgemäß zu garantieren. Von der einst geistigen, wirtschaftlichen und militärischen Landesverteidigung zum Schutz und Erhalt der Neutralität ist aber schon seit Jahren von der Politik und von Militärs nichts mehr zu hören. Beziehungsweise wird unsere Sicherheit von hohen Militärs nur in einer Teilnahme an der aufzubauenden EU-Armee oder gar in der NATO gesehen. Das ist das genaue Gegenteil von Neutralitätspolitik. Das ist Gewöhnung an und letztlich Einbeziehung Österreichs in kriegerische Konflikte - sei es in Europa, sei es in der Welt.

## **Keine Teilnahme an Bündnissen**

Tatsächliche, aktive Neutralitätspolitik ist das Gebot der Stunde in einer zunehmend konfliktreichen und kriegerisch gewordenen Welt. Natürlich, nur die Neutralität ab und zu an Feiertagen hervorzukramen, sie aber ansonsten geflissentlich zu verschweigen oder als mit EU- und NATO-Teilnahme vereinbar umzudeuten, ist kein taugliches Fundament für wirksame Neutralitätspolitik.

## **Aktive Neutralitätspolitik heißt,**

sich aktiv an Friedensprozessen, an Verhandlungen und Diplomatie zur Erreichung von Deeskalation und Frieden, zu beteiligen. Es heißt, sich nicht "friedensschaffend" militärisch zu betätigen, sondern bestenfalls friedenssichernd tätig zu sein, wie in früheren UNO-Mandaten (zum Beispiel bei der Sicherung von Pufferzonen zwischen Konfliktparteien) jahrzehntelang erfolgreich geschehen. Es heißt nicht, sich an politischen, wirtschaftlichen oder militärischen Bündnissen zu beteiligen und schon gar nicht, sich solchen Bündnissen anzudienen oder auszuliefern.

Die Teilnahme Österreichs an einer EU-Militarisierung oder gar an Konflikten oder militärischen Einsätzen von/mit anderen EU-Ländern wie EU-Missionen, EU-Battlegroups (seit 1 Juli 2020 werden 600 österreichische Soldaten für die EU-

kampftruppen zur Verfügung gestellt, um auf Abruf für EU-„Kriseneinsätze“ bereitzustehen), EU-Armee, PESCO, Beteiligung an Auslandseinsätzen unter NATO/EU/BRD-Kommando oder im Rahmen der "NATO-Partnerschaft für den Frieden" oder die jetzt bekannt gewordene geplante Kooperation des österreichischen Bundesheeres mit der US-Nationalgarde im Rahmen des "State Partnership Program" (SPP) der USA dürfen dazu eben nicht gehören und müssen schnell wieder beendet werden. Denn das schadet der Glaubwürdigkeit und Wirksamkeit einer aktiven Neutralitätspolitik. Solche Beteiligungen machen Österreich vielmehr zur Partei, letztlich zum Angriffsziel.

Erleuchtend dabei ist, dass die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel Ende des Vorjahres auf die Aufforderung von US-Präsident Donald Trump, mehr für die Verteidigung zu tun, zu Protokoll gab, dass Deutschland sehr wohl genug beitrage, sei doch

## **EU- PESCO der "europäische Teil der NATO".**

Merkel sagte dazu In ihrem wöchentlichen Video-Podcast am 13. November 2019: *"... Deutschland ist Mitglied in der NATO. Die NATO, das transatlantische Bündnis, ist der zentrale Pfeiler unserer Verteidigung. Allerdings wird immer klarer, dass wir Europäer, die europäischen Mitgliedsstaaten in der NATO, in Zukunft mehr Verantwortung übernehmen müssen. Das bedeutet, dass wir auch gerade den europäischen Teil der NATO stärker zusammenführen müssen. Dazu gibt es die strukturierte Zusammenarbeit im Bereich der Verteidigungspolitik in der Europäischen Union, die sogenannte PESCO ..."* Die deutsche Kanzlerin sagte also sinngemäß, dass PESCO zu einem EU-Teil der NATO ausgebaut werden soll!

## **Was hat das mit Österreich zu tun?**

Viel! Österreichs Entscheidungsträgerinnen und -träger haben im Jahr 2017 das EU-Abkommen PESCO mitunterzeichnet. Demnach bedeutet das laut Merkel auch eine indirekte NATO-Beteiligung Österreichs! Wenn dies das Fundament von Österreichs Verteidigung, von Österreichs Neutralitätspolitik ist, na dann gute Nacht Österreich! Dann sind wir nicht beim "Friedenmachen", sondern beim "Kriegmachen" mit dabei.

## **Vorauselender Gehorsam**

An all den genannten Bündnissen muss Österreich trotz EU-Mitgliedschaft nicht zwingend teilnehmen. Dies alles ist zudem neutralitäts- und somit verfassungswidrig. Es braucht schon viel Chuzpe, diese Art der EU- und NATO-Teilnahme Österreichs als Schutz der Neutralität hinstellen zu wollen.

## Kritik aus der neutralen Schweiz

Jüngst hat die neutrale Schweiz - mit der Österreich in der Luftraumüberwachung kooperiert - kritisiert, dass in Österreich ein sicherheitspolitisches Vakuum in Europa entstehe. Tatsächlich lehnt sich gerade das neutrale Österreich nicht zuletzt bei der Luftraumüberwachung (Stichwort "Luftpolizei") noch mehr an den NATO-Staat Deutschland an, anstatt Neutralitätskooperationen voranzutreiben.

## Hinter dem Rücken der Bevölkerung

Weil die überwältigende Mehrheit der Österreicherinnen und Österreicher für die Neutralität ist und all die oben angesprochenen, fast unter Ausschluss der breiten Öffentlichkeit diskutierten und geschlossenen Vereinbarungen keine Unterstützung in der Bevölkerung finden würden, wären sie bekannt, wird erst gar nicht viel darüber und noch weniger über die Neutralität gesprochen. In hohen Militär- und Politikkreisen scheint es nur noch um die Frage zu gehen, wo sich Österreich anlehnen soll: an der EU beziehungsweise Deutschland (und damit indirekt an die NATO) oder direkt an die NATO/USA.

## Was wirklich schützt

Um die Republik Österreich wirksam zu schützen, muss die Verteidigung eben nicht jenseits der Grenzen in Verbindung mit EU- und NATO-Partnern stattfinden, sondern gerade durch eine aktive Neutralitätspolitik: geistig, wirtschaftlich, politisch, militärisch, gemeinsam mit anderen neutralen und paktfreien Staaten. Wenn nicht, ist Österreich wieder, diesmal dann bei/mit der "Großmacht EU" oder bei/mit einzelnen EU-Großmächten, beim Kriegführen und am Ende selbst als Kriegsschauplatz dabei. Wer will das? Die Bevölkerung mit Sicherheit nicht.

*Dieser Beitrag ist auch als Gastkommentar in der „Wiener Zeitung“ am 18.8.2020 erschienen  
(<https://www.wienerzeitung.at/meinung/gastkommentare/2071891-Von-Oesterreich-geht-keine-Kriegsgefahr-aus.html>)  
sowie auf [www.prodemoratie.com](http://www.prodemoratie.com) und in der Zeitung „Solidarität – unsere Chance“ – <http://prosv.akis.at> (von dort stammen auch die zusätzlichen Zwischentitel).*



Unsere Transparente beim der Protestkundgebung gegen die Teilnahme Österreichs an den EU-Battlegroups am 27 Juni 2020 bei der Oper in Wien.

**Montag, 26. Oktober 2020**  
ab 10.00 Uhr

# TAG DER NEUTRALITÄT

**Neutralität statt Kriegshetze  
und Kriegsteilnahme!**

Flugblattverteilaktion ab 10.00Uhr,

### Treffpunkt:

**1010 Wien, Nähe Burgring 6, vor dem  
Eingang Volksgarten zum  
Heldenplatz, zwischen Radweg und  
Fahrbahn/Straße/Ring**

Wer uns dabei unterstützen will ist herzlich  
eingeladen. Anfragen bitte an: [ggae@gmx.at](mailto:ggae@gmx.at)

## EINLADUNG

ZUR

Online-Ringvorlesung  
der Universität Wien

**Rüstungsforschung und  
Perspektiven für eine Zukunft  
ohne Krieg**

Beginnend mit 7. Oktober 2020 bis 20. Jänner  
2021, jeden Mittwoch von 18.30 bis 20.00 Uhr

Ein Vertreter der „Gewerkschafter\*innen  
gegen Atomenergie und Krieg“  
wird am **9. Dezember 2020** einen Vortrag  
zum Thema: „**Österreichs Neutralität als  
wichtiger Friedensbeitrag und die Rolle  
von Gewerkschaften**“ halten.

Mehr Infos:

<https://ufind.univie.ac.at/de/course.html?lv=26068&semester=2020W>

Der Link zur Online-Teilnahme:

<https://lists.riseup.net/www/info/stuggeru.vo>

Personen können sich über diesen Link zum  
Verteiler anmelden. Hier werden  
Vorbereitungsmaterialien und Links zu den  
Online-Videokonferenzen geteilt.



# Aktive Neutralitätspolitik für eine friedliche Welt

Konferenz der österreichischen  
Friedensbewegung zum **65. Jahrestag** der  
Erklärung der immerwährenden **Neutralität** und  
zum **75. Jahrestag** der **Gründung der**  
**Vereinten Nationen**

**Freitag, 23. Oktober  
2020, 16:00 – 20:00 Uhr**

ÖGB-Catamaran, Johann-Böhm-Platz 1, 1020  
Wien (Wilhelmine-Moik-Saal)

Ablauf:

- 16:00** Eröffnung durch **Dr. Marcus Strohmeier**,  
Internationaler Sekretär des ÖGB
- 16:15 Keynotes**
  - o **Bundespräsident a.D. Dr. Heinz Fischer**
  - o **Neutrales Österreich – Quo vadis?**  
(Priv.-Doz. Mag. Dr. Thomas Roithner,  
Friedensforscher)
  - o **Die Rolle der UNO als globales  
Friedensinstrument**  
(Dr.h.c. Angela Kane, Vice President  
International Institute for Peace)
- 17.30 – 18:00 PAUSE**
- 18:00 – 19:30 Abschlusspodium** (inkl.  
Publikumsfragen)
  - o Keynote-Speaker
  - o Dr. Klaus Renoldner, Arzt und  
Nachhaltigkeitsforscher
  - o Dr. Wilfried Leisch, Gewerkschafter\*innen gegen  
Atomenergie & Krieg
  - o Moderation: Stephanie Fenkart
- 19:30** Verlesung der gemeinsamen Erklärung
- musikalischer Abschluss („Betty Rossa &  
Kapelle“)

---

## **ANMELDUNG – ACHTUNG!**

*Aufgrund von Corona ist nur eine stark beschränkte  
Teilnehmerzahl von max. 100 Personen möglich. Es  
werden Platzkarten ausgegeben, daher ist eine  
Anmeldung unter Angabe von Vor- und Zunamen,  
Adresse und E-Mail bis 20. Oktober 2020 unbedingt  
erforderlich unter: [ggae@gmx.at](mailto:ggae@gmx.at) – wir leiten dann  
die Anmeldung an den Organisator der  
Veranstaltung, den ÖGB, weiter. Wir ersuchen um  
Verständnis und freuen uns auf Ihre/Eure  
Teilnahme.*

## **Liebe Kolleginnen und Kollegen!**

**Wir danken** für die Zusendungen und Spenden, die  
wir im Sinne unserer gemeinsamen Sache auch  
weiterhin benötigen! Auftreten gegen: Wirtschafts-  
krise, Krieg und Militarisierung, Atomrüstung, AKW-  
Bau und Klimawandel. Nur gemeinsam können wir  
eine bessere Zukunft erreichen.

Von keiner Firma, Partei oder Gewerkschafts-  
fraktion abhängig, ist unser Auftreten nur durch  
ehrenamtlichen Einsatz und durch Spenden unserer  
LeserInnen und AktivistInnen möglich! Alle, die  
unsere Auffassungen teilen, laden wir herzlichst zur  
aktiven Mitarbeit ein.

*Mit kollegialen Grüßen, „Gewerkschafter\*innen  
gegen Atomenergie und Krieg“*

**Spendenkonto** bei der BAWAG P.S.K.  
**IBAN: AT19 6000 0101 1022 7650**  
BIC: BAWAATWW; **Empfänger\*in:**  
Gewerkschafter gegen Atomenergie,  
**Verwendungszweck:** Spende

\*

**Montag, 26. Oktober 2020  
ab 10.00 Uhr**

**TAG DER NEUTRALITÄT**  
**Neutralität statt Kriegshetze  
und Kriegsteilnahme!**

Flugblattverteilaktion ab 10.00Uhr,

**Treffpunkt:**

**1010 Wien, Nähe Burgring 6, vor dem  
Eingang Volksgarten zum  
Heldenplatz, zwischen Radweg und  
Fahrbahn/Straße/Ring**

Wer uns dabei unterstützen will ist herzlich  
eingeladen. Anfragen bitte an:

[ggae@gmx.at](mailto:ggae@gmx.at)

**Impressum:** Medieninhaber, Herausgeber, Druck und  
Redaktion: Gewerkschafter gegen Atomenergie, Stiftgasse 8,  
1070 Wien. ZVR 100322133

**Offenlegung** nach § 25 Mediengesetz: Medieninhaber  
(Verleger) der periodischen Druckschrift "Gewerkschafter gegen  
Atomenergie" ist zu 100 % der gleichnamige Verein, Stiftgasse  
8, 1070 Wien. Vorstand: W. Leisch, H. Schriffel, H. Tschida

Österreichische Post AG  
**SP 20Z042140 S**  
Gewerkschafter gegen Atomenergie  
Stiftgasse 8, 1070 Wien

**Datenschutzerklärung** siehe:  
[www.atomgegner.at/datenschutzerklaerung-impresum/](http://www.atomgegner.at/datenschutzerklaerung-impresum/)